



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Dr. Gerhard Hopp, Norbert Dünkel, Dr. Andrea Behr, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Petra Högl, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Martin Mittag, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/3340

Pflegerevolution jetzt!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin und mit Vehemenz für eine umfassende Pflegereform einzusetzen, die endlich die Sektorengrenzen zwischen ambulant und stationär durchbricht. Diese muss aus Sicht des Landtags die folgenden Punkte umfassen:

- Eine Finanzierungsreform, bei der auch eine Pflegevollversicherung eine realistische Option ist und in der auch die private Vorsorge eine Rolle spielen sollte.
- Eine umfassende Unterstützung für pflegende Angehörige, zu der auch eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige sowie die Förderung von Netzwerken in Notsituationen und Selbsthilfegruppen zur Unterstützung von Angehörigen gehören.
- Eine Vereinfachung der Leistungsansprüche aus der Pflegeversicherung durch eine Bündelung in zwei Budgets: einem Pflegebudget und einem persönlichen, flexiblen Budget (Flexibudget).
- Wirksame Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, unter anderem durch Hinwirken auf eine Verbesserung der tarifvertraglichen Regelungen zur Honorierung der „Dienste zu ungünstigen Zeiten“, der Nachtdienste und der Wochenenddienste sowie durch eine über die bestehenden Regelungen hinausgehende Steuerfreistellung insbesondere von Zuschlägen für Pflegekräfte. Außerdem bedarf es mehr

Springerkonzepten und einer Reform des Pflegeberufgesetzes (PflBG), damit endlich auch Reha-Kliniken, insbesondere mit neurologischer, geriatrischer und kardiologischer Schwerpunktsetzung, als Ausbildungsträger anerkannt werden.

- Die 24-Stunden-Pflege und 24-Stunden-Betreuung muss endlich rechtsicher gestaltet werden.

Der Landtag würdigt den Kraftakt, den Bayern für die Pflege in den vergangenen Jahren vollzogen hat und weiterhin vollzieht: mit 8 000 neuen Pflegeplätzen und dem Landespflegegeld.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel

- den Ausbau von Pflegeplätzen, innovativen Quartiers- und Versorgungskonzepten, auch im Bereich der palliativen Pflege, weiter zu fördern und weiterentwickeln,
- mehr kommunale Mitsprache bei den Pflegestrukturen zu ermöglichen – ohne hohe Kostenlast für die Kommunen,
- die Bürokratie abzubauen, wo es nur geht: indem Heimkontrollen entschlackt, Doppelstrukturen zwischen Medizinischem Dienst und Fachstellen für Qualität in der Altenpflege (FQA – Heimaufsicht (FQA = Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht)) beseitigt werden und darauf hingewirkt wird, gerade ambulante Pflegedienste von Dokumentationspflichten zu entlasten. Dies soll in Modellprojekten u. a. in Buxheim und im Berchtesgadener Land in der Praxis getestet und umgesetzt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident